

Erkrath gestalten.

Du kannst es.

Du machst es.

sowiedu – BmU



Rechenschaftsbericht der BmU 2019/2020

Neben der Arbeit in den Ausschüssen und im Rat war und ist für die BmU die Vorbereitung auf die Kommunalwahl am 13. September 2020 das beherrschende Thema.

Dazu wurden mehrere Anzeigen gestaltet und im Lokalanzeiger geschaltet.

Mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern wurden Workshops zur Programmentwicklung „Erkrath 2030 – Zukunft gestalten“, ein „Speeddating“ und das traditionelle Spekulativ-Treffen abgehalten.

Im Februar fand eine Klausurtagung zu Haushalt und Kommunalwahl statt.

Zum Thema Fernwärme hat die BmU eine Unterschriftenaktion gestartet, in der die Kartellbehörden zum Handeln aufgefordert werden. Zudem ruft die BmU die Betroffenen mit Textvorlagen auf, sich auch selber an die Kartellbehörden zu wenden. Mehrere tausend Unterschriftenlisten wurden in Hochdahl von uns verteilt.

An Karneval haben wir zudem am Erkrather Umzug teilgenommen: Als Star Wars-Rebellen gegen das Innogy-Imperium.

Geplant waren weitere Veranstaltungen zur Programmentwicklung und Informationsstände (insbesondere zum Thema Fernwärme), welche allerdings aufgrund der Corona-Pandemie ausfallen mussten.

Die Arbeit von Fraktion und Verein laufen aktuell über Emailverkehr und Videokonferenzen, zu denen Interessierte stets eingeladen sind.

Einen Auszug zu unserer inhaltlichen Arbeit und mehrere Kurzberichte aus den Ausschüssen und dem Rat der letzten zwölf Monate finden Sie im Folgenden.

Noch mehr dazu finden Sie auf unserer Homepage, z.B. unter „neulich im Rat“.

Übersicht

- **Gedanken zum Haushalt 2020 – BmU stellt vergeblich einen Antrag auf Aufstellung eines freiwilligen Haushaltssicherungskonzeptes**
BmU-Antrag: **Der Rat der Stadt Erkrath beschließt die Aufstellung eines freiwilligen Haushaltssicherungskonzeptes**
- **Stellenplan 2020**
- **Klimaschutz in Erkrath**
- **Fortschreibung des Erkrather Klimaschutzkonzeptes**
- **Solarstrom- und Wind-Kleinanlagen vereinfacht anmelden - BmU-Initiative bei Stadtwerken erfolgreich**
- **Fernwärme**
Überhöhte Fernwärmepreise bestimmen das Spekulations-Treffen der BmU.
Fernwärme-Unterschriftenaktion der BmU für transparente und faire Preise
- **BmU scheitert mit Antrag zum Breitband-Ausbau - Stadtverwaltung und die restliche Politik in Erkrath lehnen Förderanträge für den Breitband-Ausbau in Erkrath ab**
- **Prüfung der Kündigungsmöglichkeiten der Verträge zu S-Bahn**
- **Städtische Bauprojekte stellen die Stadt vor organisatorische und finanzielle Probleme**
- **Neanderhöhe – Zur Erbpacht-Diskussion**
- **Grüne und BmU beantragen Bürgerbeteiligung beim B-Plan Wimmersberg und scheitern im Rat an CDU und SPD**
– und Erkrath bräuchte die Entlastungsstraße dort
- **Parkplatznot abzusehen – Neue Mitte Pose Marré**
- **Radwegeplanung bekommt Priorität**
- **Unfall im Kirchberg zeigt: Spielstraßen müssen sicherer gemacht werden**
- **BmU-Initiative: Schulausschuss soll im Mai Qualitätskriterien für OGS aufstellen**
- **BmU erreicht hoffentlich Durchbruch beim Elterntaxi-Problem der GGS-Millrath und der GGS Falkenstraße**
- **BmU sieht den gemeinsamen Neubau der Grundschule Sandheide zusammen mit der Förderschule kritisch**
- **Neubau des Gymnasiums Erkrath. Realschule wird untersucht.**
- **Projekt Höhlenblick am Fundort des Neanderthalers nur durch BmU-Fraktion abgelehnt**
- **Forum Sandheide – Halle und Bürogebäude kann zu einem sozialen Dienstleistungszentrum umgebaut werden**
- **BmU stimmt einem Blankoscheck für das IKZ nicht zu**
- **BmU unterstützt Prüfung zur Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft**

- **Gedanken zum Haushalt 2020 – BmU stellt vergeblich einen Antrag auf Aufstellung eines freiwilligen Haushaltssicherungskonzeptes**

Der Haushaltsplan 2020 wurde mit den Stimmen von CDU und SPD, der heimlichen Großen Koalition in Erkrath, angenommen. Es ist ein Minus von 3 Millionen Euro zu erwarten, das Eigenkapital der Stadt wird weiter verzehrt.

In seiner frei und spontan vorgetragenen Haushaltsrede bezog sich Bernhard Osterwind für die BmU auf die Worte des Kämmerers, dass es „schwierige Zeiten“ geben wird. (Diese ist teilweise als Audio-Datei abrufbar. Wir bitten allerdings die Qualität zu entschuldigen, besser konnten wir es in der Stadthalle nicht aufzeichnen.)

Wie gehen wir damit um, dass wir seit 12 Jahren keinen ausgeglichenen Haushalt haben? Die Schulden von heute sind der Umweltverbrauch von morgen, Nachhaltigkeit muss neben Umwelt- und Klimaschutz immer auch das Soziale und die Finanzen umfassen. Nachfolgenden Generationen wollen wir im Sinne der Generationengerechtigkeit eine lebenswerte Stadt hinterlassen, mit intakter Umwelt, bezahlbarem Wohnraum, zeitgemäßer Kinderbetreuung, guten Schulen und insbesondere ohne Schulden.

In den nächsten Jahren stehen zudem große Investitionen an, der Neubau von 3 Kitas, des Gymnasiums Erkrath, der Feuerwache sowie der Erhalt der Infrastruktur (z.B. Straßen, Brücken). Der Rat ist sich zwar einig, dass dieses notwendig ist, allerdings nicht darin, woher das Geld dafür kommen soll.

Eine Mehrheit aus CDU, SPD und Grüne hat 7,6 ha Gewerbegebiet am Wimmersberg wie auch die Entlastungsstraße (mit der man pro Tag 3700 Auto-Kilometer hätte einsparen können) dort aufgegeben. CDU und SPD haben ein qualifiziertes Bebauungsplanverfahren mit Werkstattverfahren verhindert, welches klare Ziele vorgegeben hätte. Aktuell diktiert der Investor die Planung und es läuft alles auf eine massive 5-6 geschossige Bebauung hinaus. Zudem verliert Erkrath in der Bilanz an Gewerbegebiet, da an der Neanderhöhe nur 3,4 ha neu geschaffen werden.

Ein weiteres Grundproblem der städtischen Finanzen bleibt die Landes- und Bundespolitik, die die von ihnen an die Kommunen übertragenen Aufgaben nicht auskömmlich gegenfinanzieren und somit immer wieder gegen das Konnexitätsprinzip verstoßen.

So ist die Folge einer neuen Gesetzeslage, dass Erkrath einen monatlichen Mehraufwand von 40.000€ für Leistungsbezieher hat, die außerhalb Erkraths untergebracht sind.

Oder beim Unterhaltsvorschuss hat Erkrath 2020 nun ein Defizit von 583.000€, 2018 waren es nur 53.000€. In NRW muss die Kommune 30% tragen, in Bayern und BW trägt das Land die Kosten zu 100%.

Oder das Geld der Integrationspauschale vom Bund wird nicht vollständig vom Land weitergereicht, bedeutet für Erkrath ein Minus von 350.000€.

In den nächsten Jahren droht neben der Abschwächung der allgemeinen Konjunktur, dass die Aufwendungen für die Kreisumlage noch stärker steigen werden. Neben dem Personalaufwand ist die Kreisumlage der zweitgrößte Einflussfaktor auf den Haushalt der Stadt Erkrath. Aufgrund seiner hohen Gewerbesteuererinnahmen (u.a. durch viele wegen eines Dumpingsteuersatzes angelockte Briefkastenfirmen) zahlt Monheim einen hohen Anteil der Kreisumlage. Aufgrund der beispiellosen Gewerbesteuerensenkung der neuen Steueroase

Leverkusen von 475 auf 250 Punkte wird sich der Monheimeffekt in Höhe von derzeit ca. 8 Millionen € für Erkrath jedoch auf absehbare Zeit deutlich reduzieren. Wir werden unser Restvermögen weiter verbrauchen.

Wir kommen trotz Rekordeinnahmen mit dem Geld nicht aus, daher benötigen wir einen Systemwechsel. Daher hat die BmU – vergeblich – den Antrag auf Aufstellung eines freiwilligen Haushaltssicherungskonzeptes gestellt.

Wenn wir so weiter machen, ist das Zwangshaushaltssicherungskonzept nur eine Frage der Zeit, dieses wäre weitaus „grausamer“, mit dem freiwilligen wären wir flexibler.

Nur die BmU hat diesem zugestimmt. Wer ernsthaft von „Nachhaltigkeit“ redet, kann und darf die Finanzen dabei nicht auslassen!

BmU-Antrag: Der Rat der Stadt Erkrath beschließt die Aufstellung eines freiwilligen Haushaltssicherungskonzeptes

Begründung: Seit Einführung des NKF konnten die verschiedenen Verwaltungsvorstände keinen ausgeglichenen Haushaltsentwurf vorlegen. Alle angegebenen und prognostizierten Zeitpunkte zur Erzielung eines Haushaltsausgleiches wurden verfehlt.

Die Stadt Erkrath hat nach § 75 Abs. 1 S. 1 GO NRW ihre Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist. Die gesamte kommunale Haushaltswirtschaft ist auf dieses oberste Ziel auszurichten. Dieser Haushaltsgrundsatz und der Grundsatz des Verbots der Überschuldung durch Aufbrauchen des Eigenkapitals stehen in einem engen Wechselwirkungsverhältnis. Die Pflicht zum Haushaltsausgleich spielt hier eine entscheidende Rolle. Der Haushalt muss in jedem Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein (§ 75 Abs. 2 S. 1 GO NRW). Eine wesentliche Position nimmt hierbei das Eigenkapital ein, das sich aus Allgemeiner Rücklage, Sonderrücklagen, Ausgleichsrücklage und Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag zusammensetzt. Im Zuge des Haushaltsausgleichs wird auf verschiedene Bestandteile des Eigenkapitals zugegriffen.

Dem trotz Steuererhöhungen massiven Kapitalverzehr (seit 2008 ca. 30 %) und der damit einhergehenden Personalmehrung um fast 30 % innerhalb der letzten zehn Jahre steht eine Infrastruktur gegenüber, welche in ganzer Breite Investitionsbedarfe aufweist. Die Schulen leiden unter massivem Nachholbedarf und nun legen wir zur Unzeit auch noch einen Schulentwicklungsplan auf, dessen Datenbasis angesichts einer Grundschule in kompletter Neuorientierung, eines neuen Gebäudes für das Gymnasium, der unklaren Sanierungsfähigkeit der Realschule und verschiedener Wohnbauprojekte in Erkrath und in den Nachbarstädten mehr als fraglich ist.

Der Sanierungswelle bei den Brücken wird jene bei den Straßen folgen. Bürgermeister und Kämmerer wollen auch ein neues Rathaus bauen. Auch vor dieser Entscheidung sollte eine realistische Kosten/Nutzen Abwägung stehen.

Ist das Ziel einer künftigen, dauernden Leistungsfähigkeit einer Gemeinde gefährdet, so hat diese unter bestimmten gesetzlichen Voraussetzungen ein Haushaltssicherungskonzept nach § 76 GO NRW aufzustellen, das das Ziel hat, im Rahmen einer geordneten Haushaltswirtschaft

die Leistungsfähigkeit der Gemeinde zu erreichen. Diese Voraussetzungen wurden (in manchen Jahren nur äußerst knapp) nicht verfehlt, man muss aber nicht warten, bis es zwangsläufig so weit ist und der Haushaltsausgleich noch schwerer fällt.

Mit jeder Haushaltsplanberatung steigert sich, verglichen mit der Verwaltungsvorlage, – wie auch in diesem Jahr – das Defizit. Die Generationengerechtigkeit wird verfehlt.

Mit Erstaunen haben wir die Botschaft aus dem HFA vernommen, dass die Arbeitsplätze von 80% der ca. 800 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Hinblick auf die Organisationsstruktur untersucht sind. Ich erinnere mich nur an die letzte Organisationsuntersuchung im Tiefbau. Das war vor ungefähr drei Jahren. Seitdem sind einige Organisationsuntersuchungen angekündigt, aber nicht vorgelegt worden. Die aufgabenkritische Prüfung des Personalbestandes ist Daueraufgabe, der es im konkreten Fall an Transparenz fehlt.

- Kann auf die Aufgabenerfüllung ganz oder teilweise verzichtet werden?
- Sind Standardabsenkungen bei der Aufgabenerfüllung möglich?
- Kann die Aufgabe durch organisatorische Maßnahmen mit weniger Personalaufwand bewältigt werden, z. B. durch Zusammenlegung und / oder Verlagerung von Arbeitsbereichen oder durch Technikeinsatz oder durch interkommunale Zusammenarbeit?
- Kommt eine Besetzung mit einer niedrigeren Besoldungs- oder Entgeltgruppe in Betracht?

Ohne Kenntnis der Ergebnisse der Organisationsuntersuchungen und insbesondere einer Aufgabenkritik ist eine Zustimmung zum Stellenplan und damit zum Haushalt schwer möglich.

Eine Gemeinde mit finanziellen Schwierigkeiten muss auch Hilfe annehmen. Völlig unverständlich ist uns, warum der Breitbandausbau so spät kam und dabei die Fördermittel von Bund und Land liegen gelassen werden. Völlig unverständlich ist uns auch die Massivität, wie der komplette Verwaltungsvorstand und die CDU das Programm Soziale Stadt, welches nichts anderes als ein Finanzierungsinstrument auf Basis des Stadtentwicklungskonzeptes ist, bekämpft hat.

Am Wimmersberg wurden 7,6 ha Gewerbegebiet mit den Stimmen aller Parteien aufgegeben, welchem nur 3,2 ha an der Neanderhöhe gegenüberstehen. Unsere Anregung, die Kosten insbesondere im Hochbau durch einen Bauausschuss genauer im Auge zu behalten wurde wohlwollend kommentiert. Partner für einen erfolversprechenden Antrag haben sich bisher nicht zu erkennen gegeben.

Den durch z.B. mehr Klimaschutz steigenden Ausgaben muss eine Aufgabenkritik gegenüberstehen. Eine Auflistung von Maßnahmen zur Effizienzsteigerung und Senkung von Aufwand. Messlatte muss wieder die Nachhaltigkeit auch der Finanzen sein, denn jedem Schuldeneuro steht der CO2 Verbrauch der Zukunft gegenüber. Eine Deckelung der finanziellen Obergrenzen der Produktgruppen ist zu erörtern.

Dem nichtöffentlich angelegten „Arbeitskreis Freiwillige Haushaltskonsolidierung“ wurden zwar im Gegensatz zum Arbeitskreis Radverkehr Sitzungsgelder zugesprochen. Wir kennen aber keine Ergebnisse und halten grundsätzlich nichts von Meinungsbildungsgremien

außerhalb der Gemeindeordnung. Deswegen halten wir ein förmliches Verfahren entsprechend der Gemeindeordnung für richtig.

Eine Alternative zum Freiwilligen Haushaltssicherungskonzept stellt eine Nachhaltigkeitssatzung dar. Die Schulden von heute sind der Umweltverbrauch von morgen.
Mit freundlichen Grüßen, Bernhard Osterwind

Leider hat der Stadtrat unseren Antrag abgelehnt. Erkrath wird deshalb ungebremst in die Schuldenfalle laufen.

- **Stellenplan 2020**

Bei Zustimmung durch CDU, 1 RM der SPD, Enthaltung der restlichen SPD und Gegenstimmen durch Grüne und BmU wurde der Stellenplan angenommen.

Bernhard Osterwind verwies darauf, dass Erkrath trotz Rekordeinnahmen trotzdem ein hohes Defizit hat, da die Stadt auch riesige Ausgaben hat. Im Stellenplan finden sich viele notwendige und unstrittige Stellen (wie für den Rettungsdienst, für die Reinigung, für die Kinderbetreuung usw.), allerdings erklärt die BmU, dass sie einer Stellenmehrung und Beförderungen in der Verwaltung erst zustimmt, wenn alle Bereiche der Verwaltung einer Organisationsprüfung unterzogen und alle bisher vorliegenden Untersuchungen vorgestellt und umgesetzt worden sind.

Einem Antrag der Grünen, für die Grundschulen eine weitere Sozialarbeiter-Stelle zu schaffen, musste die BmU ablehnen. Eine weitere Unterstützung der Schulen wäre sicherlich sinnvoll, allerdings ist dies angesichts des Haushaltsdefizits aktuell nicht finanzierbar. Obwohl das Land eigentlich in der Pflicht wäre, engagiert sich die Stadt hier bereits und finanziert entsprechende Stellen. Mehr ist aber momentan nicht drin.

- **Klimaschutz in Erkrath**

Der Rat hat einen Bürgerantrag und den Beschluss des PIUV vom 3.9.2019 mehrheitlich angenommen, auch in Erkrath den „climate emergency“ auszurufen.

Auch die BmU hat dies unterstützt, um ein Signal zu setzen, dass wir die Klimakrise auch in Erkrath neben anderen Punkten einer nachhaltigen Politik bezüglich Umweltschutz, Finanzen bzw. Sozialfragen immer mehr im Blick haben müssen.

Trotz 40 minütiger Debatte konnte nicht wie in anderen Städten ein einstimmiges Votum für die Erklärung erreicht werden. Am Ende verweigerten die CDU und FDP ihre Zustimmung, da der Begriff „Klimanotstand“ verwendet würde. Allerdings verweist der zugrundeliegende Bürgerantrag ausdrücklich in einer Fußnote darauf, dass der Begriff (Klima-)Notstand hier nicht juristisch sei. Auch ich halte die Übersetzung mit „Notstand“ für schief, jedoch hat dieser sich auch in Beschlüssen anderer Städte bzw. der EU mittlerweile eingeschlichen.

In den nächsten Sitzungen des PIUV sollen dazu auf Basis des dem Umweltausschuss vorgelegten Entwurfes der Erkrather Klimaerklärung konkretere Maßnahmen zum Erreichen der Ziele (Reduktion der kommunalen CO₂-Emission bis 2030 um 33% im Vergleich zu 2011)

aufgestellt werden.

Ein Schritt ist z.B. die Prüfung, ob eine kostenfreie Nutzung der Ortsbuslinien 5 und 6 eingeführt werden könnte.

Einstimmig wurde dazu auch eine Bürgerbeteiligung beschlossen.

In diesem Sinne hatte die BmU auch die fridays4future-Gruppe Erkrath und andere interessierte Bürgerinnen und Bürgern am 20. Januar 2020 in die CFS Hauptschule Hochdahl, Rankestr.2, Raum 2 zum Austausch eingeladen. Ohne Resonanz.

- **Fortschreibung des Erkrather Klimaschutzkonzeptes**

Nach Anträgen von SPD und Grünen sowie Änderungsanträgen der BmU wurden die folgenden Punkte in die Erarbeitung aufgenommen.

Ein Vorschlag für ein Car-Sharing-Angebot soll erarbeitet und Anbieter sollen gefunden werden.

Die Photovoltaik soll in Erkrath deutlich mehr gefördert und die Anmeldung vereinfacht werden. Dies wurde an den Aufsichtsrat der Stadtwerke verwiesen, damit sich dieser näher damit beschäftigt.

Die Stadt setzt sich bei der Rheinbahn für den Einsatz von Elektro- und Wasserstoffbussen bzw. übergangsweise von Erdgasbussen.

Neue kommunale Gebäude sollen weitgehend klimaneutral neu gebaut bzw. saniert werden. Eine 100%ige Klimaneutralität vorzuschreiben, sieht die BmU hier nicht für sinnvoll an, da gerade Gebäude wie Schulen, Kitas und Feuerwehr durch die Nutzungsbedingungen problematisch sind.

Leider gab es aber keine Mehrheit, nur Grüne und BmU stimmten dafür, dass für die Ausweisung von neuen Wohngebieten die klimaneutrale Errichtung der Gebäude vorzusehen ist. In vielen Städten wird sogar bereits das Plusenergie-Bauen vorgeschrieben, um die Klimaziele auch erreichen zu können.

Durch Antrag der BmU wurde der Punkt, dass in Verwaltungsvorlagen die Auswirkungen auf das Klima dargestellt werden sollen, auf den PIUV verwiesen, damit dort Beispiele aus anderen Städten vorgestellt werden.

- **Solarstrom- und Wind-Kleinanlagen vereinfacht anmelden - BmU-Initiative bei Stadtwerken erfolgreich**

Die Stadtwerke haben für die Bürger von Erkrath ein kundenfreundliches Anmeldeformular für eine einfache Anmeldung von steckerfertigen Erzeugungsanlagen sowie Informationen bereitgestellt. Somit können Plug-In PV-Anlagen (bis 600 VA) und Kleinwindkraftanlagen einfach und kundenfreundlich, entsprechend der VDE AR-N 4105, angemeldet werden.

<https://www.stadtwerke-erkath.de/service/dienste/plugin-solarstrom/>

Nach Anregung eines Bürgers, hatte die BmU den politischen Anstoß dazu gegeben. Anfang September hatte die BmU-Fraktion einen Antrag an die Stadtwerke Erkrath gerichtet, für Anlagen dieser Art ein geregeltes Anmeldeverfahren einzurichten, das es bisher noch nicht gab.

Hintergrund ist, dass die BmU zur Unterstützung des praktischen Klimaschutzes und der Energiewende die Installation von Plug-in-PV Anlagen (auch Mini-PV-, steckerfähige PV- oder Balkonanlage genannt) und Kleinwindkraftanlagen gefördert wissen möchte.

Der Aufforderung der BmU, Vorschläge zu erarbeiten, wie diese Anlagen beworben und gefördert werden sollen, haben die Stadtwerke noch nicht erfüllt. Da bleibt die BmU am Ball. Die Bürgerinnen und Bürger Erkraths sollen eine weitere Möglichkeit erhalten, sich aktiv zu Hause am Klimaschutz zu beteiligen.

Gerade die Kleinsolaranlage ist z.B. schnell auf dem Balkon aufgestellt, Stecker in die Steckdose und der Strom fließt in das häusliche Stromnetz und verringert die Stromkosten. (Auf Facebook haben wir dazu ein Video geteilt.)

- **Fernwärme**

Überhöhte Fernwärmepreise bestimmen das Spekulatius-Treffen der BmU.

Ein langer Austausch über das Thema Fernwärme auf dem Spekulatius-Treffen der BmU am 9.12. hat deutlich gemacht, dass sich die Wärmekosten von Fernwärmekunden in Hochdahl im Vergleich auf einem äußerst hohen Niveau befinden und insbesondere die Fernwärmeabrechnungen für 2018 für großen Unmut sorgen. In Bezug auf 2017 wird für 2018 ein 74% höherer Grundpreis abgerechnet. Innogy hatte aufgrund eines Vergleichs mit dem Bundeskartellamt in 2016 und 2017 12,3 Millionen Euro an die Kunden durch Reduktion des Grundpreises zurückgezahlt. Das Kartellamt hatte festgestellt, dass Innogy sich „missbräuchlich verhalten“ hat, indem sie für den Betrachtungszeitraum 2010-2012 „überhöhte Entgelte gefordert hat“. Aufgrund des Vergleichsschlusses wurde die Prüfung auf Preiswucher eingestellt.

Da Innogy 2018 zu den alten Preisen zurückgekehrt ist, die bereits als missbräuchlich festgestellt worden waren, sollte erneut offenkundig ein Missbrauch vorliegen.

Auf dem Treffen der BmU wurde die Gründung eines offenen Arbeitskreises vereinbart, an dem sich alle interessierten Bürgerinnen und Bürger beteiligen können (Kontakt über bmu@bmu-erkrath.de oder 02104-46506).

Es wurde darauf hingewiesen, dass die BmU sich viele Jahre hartnäckig für gerechte Fernwärmepreise eingesetzt hat und mittlerweile die Stadt auch eine Klage gegen Innogy laufen hat.

Fernwärme-Unterschriftenaktion der BmU für transparente und faire Preise

Die BmU hat eine Unterschriftenaktion für gerechte Fernwärmepreise angestoßen, in der die Kartellbehörden aufgefordert werden, das Verfahren gegen Innogy wieder aufzunehmen. Eigentlich hatten wir in dieser Zeit regelmäßig Informationsstände geplant, an denen wir u.a. auch Unterschriften für gerechte Fernwärmepreise sammeln wollten.

Aufgrund der Corona-Pandemie hat die BmU ihre Infostände und alle anderen Treffen abgesagt.

Zwischenzeitlich waren auch einige Mitglieder unterwegs, um die Listen in die Briefkästen der betroffenen Fernwärmekunden zu werfen. Aber auch diese Aktion ruht aktuell.

Beschwerden an das Landeskartellamt können zudem individuell eingereicht und bei Innogy sollte der Preiserhöhung widersprochen werden.

Eine genaue Übersicht über das Thema Fernwärme in Hochdahl findet sich auf der Homepage der BmU.

- **BmU scheitert mit Antrag zum Breitband-Ausbau - Stadtverwaltung und die restliche Politik in Erkrath lehnen Förderanträge für den Breitband-Ausbau in Erkrath ab**

Der Ausbau der schnellen Internetzugänge in Erkrath ist eine zähe Geschichte. Wurden die ersten Forderungen der BmU in 2009 und folgenden Jahren noch zurückgewiesen, wurden Stadt und Rat die Notwendigkeit des Breitband-Ausbaus erst klar, als einige Unternehmen Erkrath wegen zu langsamer Verbindungen verlassen hatten. Erst ab 2017 wurde der Glasfaser-Ausbau in Angriff genommen, zunächst nur für Gewerbebetriebe, Verwaltungsgebäude und Schulen. Seit Mitte 2019 auch für Privathaushalte.

Für die BmU ist es, insbesondere nach Rücksprache mit Fachleuten auf diesem Gebiet, völlig unverständlich, dass Stadt und Stadtwerke für den Ausbau mögliche Fördergelder nicht in Betracht ziehen. Für so genannte „weiße Flecken“, d.h. Randbereiche, und für den Anschluss von Schulen, sowie für die Leitungstrecken auf dem Weg dorthin, gäbe es eine 90%-Förderung. Auch hängt von jetzigen Förderanträgen ab, ob man für die so genannten „grauen Flecken“, d.h. ein Mittelding zwischen vorhandenem Gigabit-Angebot und „weißen Flecken“, in Zukunft Geld bekommen könnte.

Dazu hatte die BmU bereits am 4.02. sieben Fragen an die Verwaltung gerichtet, welche nur teilweise einen Tag vor der Ratssitzung beantwortet worden waren. Man muss den Eindruck bekommen, dass die Stadt einfach nicht will. Der Geschäftsführer der Stadtwerke sagte dagegen im Rat, dass die Stadtwerke „sich nicht sträuben“ würden, die Anträge müsse aber die Stadt stellen. Die Argumentation der Verwaltung erinnert stark an die Ablehnung des Förderprogramms „Soziale Stadt“, das mittlerweile selbst von Bürgermeister und seiner Verwaltung geschätzt wird.

Die BmU kritisiert, dass Verwaltung und übrige Politik die Fördermöglichkeiten ignorieren und viel Geld liegen lassen.

Auch scheint es so zu sein, dass kein „open access“, kein Zugang für andere Anbieter möglich sein soll. Hier sieht die BmU eine Monopolgefahr, die sich schon beim Fernwärmenetz in Hochdahl als sehr problematisch herausgestellt hat.

- **Prüfung der Kündigungsmöglichkeiten der Verträge zu S-Bahn**

Da die DB Regio offensichtlich nicht in der Lage ist, den Vertrag mit dem VRR zu erfüllen, ist auch die BmU dem Antrag der Grünen gefolgt, eine Kündigung sowie Entschädigungsleistungen über Kreis und VRR zu prüfen. Ziel muss sein, dass die volle Leistung bei größeren Zügen erbracht wird.

Darüber hinaus hat die BmU den Antrag eingebracht, auch den Durchführungsvertrag zwischen Land und Bundesbahn von 1978 zu prüfen. (Den Wortlaut des BmU-Antrages finden Sie auf unserer Homepage).

Dort wird u.a. ein 20-Minuten-Takt (neben Verstärkerfahrten in der Hauptzeit) festgeschrieben und ein paralleler ÖPNV untersagt. Wir sind der Ansicht, dass wie auf anderen Linien auch auf der S8 über einen grundsätzlichen 15-Minutentakt an Werktagen nachgedacht werden sollte und die Anbindung an Düsseldorf über Buslinien und ggf. eine Stadtbahnlinie

verbessert werden müssten, wenn man mehr Pendler auf Bus und Bahn umsteigen lassen möchte.

Wegen eines besseren Anschlusses an Düsseldorf hat die BmU im PIUV auch bereits um Prüfung gebeten, ob für die Schnellbuslinie SB 50 aus Haan nach Düsseldorf ein Halt an der Autobahnausfahrt Hilden/Hochdahl eingerichtet werden kann. So wäre z.B. eine Haltestelle am Park and Ride -Platz Kemperdick/an der Brandshütte vorstellbar. Angesichts der Umwelt-Spur in Düsseldorf wären sicherlich auch einige Pendler bereit, bei entsprechendem Angebot auf den Bus umzusteigen, der die Umwelt-Spur sehr zügig befährt.

- **Städtische Bauprojekte stellen die Stadt vor organisatorische und finanzielle Probleme**

Insgesamt wird das Hoch- aber auch Tiefbauprogramm der Stadt Erkrath bisher ungeahnte Ausmaße annehmen. Das wirft nicht nur bisher völlig ungelöste Fragen der Finanzierung, der Priorisierung, der personellen Organisation auf Verwaltungsseite, sondern auch in den Gremien des Rates auf. Vor kurzer Zeit fühlte sich die Verwaltung ausschließlich durch das Programm der Sozialen Stadt nahezu überfordert, nun stellt dieselbe Verwaltung ein Vielfaches an Investitionsvolumen vor. Insbesondere auch im Tiefbau sind wir noch nicht sicher, ob neben dem Brückensanierungsprogramm nicht auch ein nennenswerter Sanierungsbedarf bei den Straßen auf uns zukommen wird.

Die Aufbereitung der Fakten vor wichtigen Entscheidungen ist eher lückenhaft. Wir bevorzugen im Fall Gymnasium Erkrath aus Gründen der Langfristigkeit und der an der Schule gelebten Pädagogik im Ergebnis die Variante 3, einen Neubau.

Trotzdem mangelt es z.B. an einer Analyse des Standortes. Wie ist die Substanz der benachbarten Realschule zu beurteilen? Wie ist langfristig die Substanz der Stadthalle (als den Schulen zugeordnete Aula)? Wie hoch sind die Kosten? Wie sieht die äußere Erschließung aus? Im Ausschuss für Stadtentwicklung konnte die BmU erreichen, dass jedenfalls auch der Sanierungsbedarf der Realschule überprüft wird.

Der aktuell beklagenswerte Zustand des Gymnasiums Erkrath ist Ergebnis mangelnder Substanzpflege in der Vergangenheit. Das mahnt, auch die Substanzpflege unseres Bestandes in den Blick eines Fachausschusses zu nehmen.

Daher regen wir an, darüber nachzudenken, dass wir die letztverantwortliche Beschlussfassung des Rates, ggf. des HFA durch einen spezialisierten Bauausschuss, möglichst auch mit Fachleuten „von außen“, begleiten lassen. Das Gremium sollte all diese Beschlüsse vorbereiten und sich möglichst jeweils auch vor Ort regelmäßig ein Bild machen. Dazu gehören nicht nur die Neubauprojekte, sondern auch die Bestandssanierungen.

Wesentliches Ziel sollen nicht nur die Budgettreue, sondern auch Kriterien des nachhaltigen Bauens und der Folgekosten sein.

- **Neanderhöhe – Zur Erbpacht-Diskussion**

Selbst wenn man den Bürger-Antrag, die vom B-Plan betroffenen Grundstücke auf der Neanderhöhe nur in Erbpacht abzugeben, nicht als Schachzug wertet, um das Projekt zu Fall zu bringen, muss man neben einigen Vorteilen auch die Nachteile sehen. So ist u.a. der Rückfall

der Grundstücke an die Stadt von finanziellem Risiko, da ihr dann unvermittelbare Gebäude anheimfallen könnten und sie selber das Grundstück wieder in einen verkaufsfähigen Zustand bringen müsste. Ein schwerwiegendes Argument gegen Erbpacht ist, dass entsprechende interessierte Firmen so eventuell nicht gewonnen werden können, für diese ist der Besitz mitunter eine wichtige Komponente.

Die BmU hat sich in einer Fraktionssitzung die Argumente der Antragsteller interessiert angehört und daraufhin genau geprüft. Irritierend allerdings, dass eine der Antragstellerinnen später in den Medien den Eindruck erwecken wollte, dass die BmU dem zustimmen würde. So geht ehrliche Kommunikation nicht.

Es ist auch eine Unterstellung, dass der Rat umgehend ohne Erbbaurecht verkaufen wolle. Zum einen versucht die BmU Erbbaurecht als Entscheidungskriterium bei der Grundstücksvergabe in den Verträgen durchzusetzen und zum anderen müssen HFA bzw. Rat sowieso über einen Verkauf befinden. Die BmU wird hier darauf achten, dass eine ausreichende archäologische Begleitung stattfindet, Erbbaurecht bevorzugt bzw. auf sinnvolle Vorkaufsregelungen der Stadt geachtet wird und nur gewerbesteuerkräftige Firmen zum Zuge kommen. So wie sie sich vor Jahren auch für die Ansiedlung von TimoCom stark gemacht hatte. Eine fachlich saubere Vertragsgestaltung sollte es aus Sicht der BmU ermöglichen, dass die Stadt leichter wieder Zugriff auf die Grundstücke bekommt und somit ein Leerstand verhindert werden kann.

Im April sollte dann nach Ansicht der Grünen über ein nicht vorliegendes Bürgerbegehren befunden werden. Von dem uns nur ein Antrag der Grünen berichtete und ein offener Brief vorlag. Nicht nur merkwürdig, sondern so nicht möglich und daher nicht behandelbar. Über Zulässigkeit und über ein von den Grünen pauschal gefordertes Aussetzen der Vermarktung für vier Monate kann so nicht befunden werden.

Offensichtlich hat die Bürgerinitiative aufgrund der Corona-Pandemie die Schwierigkeit Unterschriften für ihr Begehren zu sammeln, welches wohl das Ziel haben soll, dass die Grundstücke auf der Neanderhöhe nur über Erbbaurecht veräußert werden dürfen.

Hier sieht die BmU grundsätzlich kein Problem, da nach Gemeindeordnung §26 Abs. 3 ausdrücklich immer noch die Möglichkeit gegeben ist, dass das Bürgerbegehren gegen den bereits gefassten Beschluss des Rates gerichtet werden kann.

Außerdem hätten die Begehrenden schon seit einem Jahr die Gelegenheit gehabt, ihr Begehren auf den Weg zu bringen.

Des Weiteren hat das Ministerium für Heimat am 17.4. Hinweise gegeben, dass man angesichts von COVID-19 andenkt, digitale Verfahren für Bürgerbegehren zu ermöglichen.

- **Grüne und BmU beantragen Bürgerbeteiligung beim B-Plan Wimmersberg und scheitern im Rat an CDU und SPD
– und Erkrath bräuchte die Entlastungsstraße dort**

Bernhard Osterwind und Peter Knitsch haben für BmU und Grüne einen gemeinsamen Antrag zum Werkstattverfahren / Bürgerbeteiligung B-Plan Wimmersberg Tagesordnungspunkt 6.5 in der Sitzung des Ausschusses für Planung, Umwelt und Verkehr am 25.06.19 eingebracht.

Der Ausschuss für Planung, Umwelt und Verkehr möge beschließen

1. Grundlage für das B-Plan Verfahren „Wimmersberg“ soll ein von der Stadt Erkrath

durchzuführendes qualitätssicherndes kooperatives Werkstattverfahren sein.

2. Die Verwaltung soll zu ihrer Entlastung Unterstützung durch ein unabhängiges, fachlich im Städtebau erfahrenes Managementbüro erhalten, welches mit der Verfahrensbetreuung im weitesten Sinne, d.h. insbesondere Vorbereitung, Organisation und Abwicklung des Werkstattverfahrens zu beauftragen ist. Es sollte Erfahrung mit der Durchführung öffentlicher Foren und intensivem Dialog mit Bürgerinnen und Bürger haben.

Vertraglich sicherzustellen ist, dass die Kosten sowohl des Managementbüros als auch die Fremdkosten des Werkstattverfahrens incl. unabhängiger Jury vom Investor getragen werden.

3. Dem Ausschuss für Planung, Umwelt und Verkehr sind drei geeignete Büros zur Auswahl vorzustellen.

4. Ziel des Werkstattverfahrens soll unter umfangreicher und transparenter Beteiligungsoption für Bürgerinnen und Bürger unter Abwägung mit den Belangen des Investors die Erarbeitung eines Konzeptes für die Aufstellung des B-Planes mit hoher städtebaulicher Qualität unter besonderer Berücksichtigung ökologischer (Verwendung umweltfreundlicher Raumwärmeerzeugung, Nutzung von Photovoltaik, Begrünung von Dachflächen, Fahrradstellplätze, Anbindung an den ÖPNV) und sozialer Gesichtspunkte (Barrierefreiheit, Kindergerechtigkeit, Schaffung auch von Wohnungen im sozialen Wohnungsbau und preisgeminderten Wohnungen) sein.

5. Die Verfahrensschritte (Zeitplan, Forum mit Aufgabenerörterung, Inhalten des Gutachterverfahrens Lärm, Verkehr, Digitale Infrastruktur, Grün- und Freiflächen, Vorstellung der Entwurfsteams, Präsentation der ersten Entwürfe, Diskussion der Entwürfe, Bestellung einer fachlich kompetenten, unabhängigen Jury, Bekanntmachung der Verfahrensschritte und Beteiligungsmöglichkeiten über soziale Medien) sollen mit dem Ausschuss für Planung, Umwelt und Verkehr abgestimmt werden und dort transparent abgebildet werden.

6. Das Managementbüro legt einen Zeitplan vor, wie das Werkstattverfahren innerhalb von 4 Monaten abgeschlossen werden kann.

Dieser Antrag wurde im Rat am 11.7.2019 durch eine Mehrheit aus CDU und SPD abgelehnt.

Zudem bräuchte Erkrath die Entlastungsstraße am Wimmersberg.

An einem Laternenmast vor dem Haus Neanderstraße 37 in Alt Erkrath wurden September 2017 NO₂ Messungen vorgenommen. Die durchschnittliche Jahresgesamtbelastung bleibt mit 34,7 µg/m³ unter dem Grenzwert von 40 µg/m³ und damit unter dem Messergebnis der Grünen (41,1 µg/m³), zeigt aber klar auf, dass hier der ungesündeste Wohnort Erkraths ist. Darauf weist die BmU seit Jahrzehnten hin und fordert ein Konzept zur Schaffung gesünderer Wohnverhältnisse für diesen innerörtlichen Straßenstrang.

Dies ist umso notwendiger, als die langjährigen Bemühungen der Stadt, einen attraktiven SPNV zu schaffen bisher gescheitert sind und zumindest mittelfristig keine Hoffnung besteht, dass sich die Strukturen im Land grundlegend bessern.

Mit Erkrath Nord und Wimmersberg werden zwei weitere Wohngebiete hinzukommen, welche nach dem Willen der Ratsmehrheit zu schaffen sind und die verkehrs- und abgastechnische Situation weiter verschärfen werden.

B. Osterwind: "Zu Recht wird die 4 Millionen € teure Sanierung des Bürgerhauses mit der zu erwartenden CO₂ Einsparung begründet. Die Entlastungsstraße allein würde eine CO₂-Entlastung in gleicher Größenordnung erwarten lassen. Der Rat sollte seine ablehnende Haltung zur Entlastungsstraße noch mal überdenken."

Bebauungsplan Wimmersberg - Fortsetzung

Für den Bebauungsplan Wimmersberg wurde bei Gegenstimmen der CDU aufgenommen, dass etwa 40% des Wohnraums sozial-gefördert bzw. preis-gemindert sein „soll“. Die Vorstellungen der politischen Gruppierungen war sehr unterschiedlich: Herr Rieder (Linke) 50%, Grüne 40%, SPD 30%, BmU 35%.

Auch die BmU war der Meinung, dass der Rat ein Zeile vorgeben muss und es nicht dem Investor alleine überlassen kann. Erkrath benötigt mehr bezahlbaren Wohnraum für alle sowie seniorengerechte Wohnungen, gerade für Bewohner, die gerne ihr Häuschen verlassen und an jüngere Generationen übergeben würden.

- **Parkplatznot abzusehen – Neue Mitte Pose Marré**

In der Sitzung des Ausschusses für Planung, Umwelt und Verkehr am 25.06.2019 kam erneut die unzulängliche Verkehrssituation durch Parkplatznot im Bereich Wupperstraße/ Ruhrstraße zur Sprache. Zum x-ten Male wurden bis ins Detail und bezogen auf einzelne Parkplätze, auch durch betroffene Bürger, Lösungsmöglichkeiten diskutiert. Nun soll es weitere Maßnahmen der Verwaltung geben.

Nur wenige Tagesordnungspunkte später wurde für den Bereich Neue Mitte der Stellplatzschlüssel (Anzahl der privat zu errichtenden PKW-Stellplätze pro Wohnraum) drastisch (!) reduziert (Bisher 1,5 Plätze pro Wohneinheit, BmU fordert Reduzierung auf 1 pro Wohnung).

Jetzt ist nur noch 1 Stellplatz für 100 qm Bruttogeschossfläche vorgesehen. Bei zwei kleinen Wohnungen also noch nicht mal ein Platz pro Wohnung.

Hinweis: Pro 5 Wohnungen (!) soll 1 Parkplatz auf öffentlichem Grund gebaut werden.

BmU-Fraktionsvorsitzender Osterwind: "Das Ziel der Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs ist aus vielen Gründen richtig.

Die Diskussion in der Willbeck, aber auch z.B. am Kalkumer Feld, zeigt aber das Dilemma: Dieselben Politiker, die drastisch Parkplätze aus den Plänen an der einen Stelle streichen, sagen den Bürgerinnen und Bürgern dort nicht offen ins Gesicht: Schafft zur Lösung des Problems eure Autos ab.

Auch das Problem am Kalkumer Feld zeigt: Trotz extremem Parkdruck schaffen die Anlieger nicht in nennenswertem Maß die Autos ab. Obwohl dort z.B. der Bürgerbus fährt.

Und die permanente Zunahme der Lieferdienste leistet einen weiteren Beitrag zum Chaos auf der Straße.

Das Chaos geht alles in erster Linie zu Lasten der Schwächeren: Behinderte, Alte, Kinder. Den Investor wird es verständlicher Weise freuen."

Nur Wilfried Schmidt von der CDU teilte klar die Position der BmU. Alle anderen CDU-Politikerinnen und Politiker, oft Kritiker der Parkplatznot, stimmten für (!) die Stellplatzreduzierung in Erkraths Neuer Mitte! Absurd.

Um die Nutzung des ÖPNV zu erhöhen, muss dieser in Erkrath zunächst deutlich verbessert werden, gerade die Unpünktlichkeit, Ausfälle und Kapazitätsengpässe bei S8/S68 schrecken die Bürgerinnen und Bürger eher davon ab.

Auch benötigt Erkrath eine stärkere Anbindung per Bus an Gerresheim, da dort U-Bahn- und Metrobusnetz verlaufen, und ein besseres Radwegenetz, auch in die Nachbarstädte.

Dem Antrag, **Steingärten** in diesem B-Plan zu verhindern, stimmten im Rat nur Grüne und BmU zu.

Allerdings wurde von der Verwaltung angekündigt, dass man in zukünftigen B-Plänen die übertriebene Versiegelung von Vorgärten rechtssicher verhindern wolle.

- **Radwegeplanung bekommt Priorität**

Nach einer langen Diskussion mit heftigen Wortgefechten zwischen CDU und Grünen, haben SPD, Grüne und BmU beschlossen, dass die Aktualisierung und die Umsetzung des seit 3 Jahren existierenden Radverkehrskonzeptes Priorität in der Bauverwaltung bekommen soll. Wir sehen hier stärkeren Handlungsbedarf als bei den Umbaumaßnahmen Hauptstraße oder Bergstraße, die nebenbei bemerkt für die Anwohner auch teuer werden könnten. Geld und Personal (die Stadt hat große Probleme, die vorgesehenen Ingenieursstellen zu besetzen) müssen dort effektiv eingesetzt werden, wo auch ein großer Nutzen für die Bevölkerung zu erwarten ist. Im Radverkehr hat Erkrath gehörigen Entwicklungsbedarf.

Allerdings muss das Vorgehen der Grünen hier kritisiert werden. Der Vorsitzende des Arbeitskreises Radverkehr Martin, ein Grüner, hätte diesen AK -nach 2 Jahren ohne Sitzung- schon längst einberufen können. Der jetzige Antrag der Grünen wäre also nicht nötig gewesen und diente wohl nur als Schaufensterantrag der Öffentlichkeitswirksamkeit.

Auch zeigt sich hier wieder das Problem, dass die Grünen Vieles fordern, aber dann nicht sagen, woher das Geld kommen soll.

- **Unfall im Kirchberg zeigt: Spielstraßen müssen sicherer gemacht werden**

Der Verkehrsunfall am Abend des 10. Juni im Kirchberg hat mehr als deutlich gemacht, dass die Verkehrssicherheit in Erkraths Verkehrsberuhigten Zonen ("Spielstraßen") erhöht werden muss.

Es ist ein Problem in den Verkehrsberuhigten Bereichen, in denen nur Schrittgeschwindigkeit erlaubt ist, dass diese immer wieder deutlich überschritten wird: Ein Sicherheitsrisiko für die Anwohner, insbesondere für die dort spielenden Kinder.

Was aber am Abend des 10.6.19 im Kirchberg passierte, war dann nochmals eine Steigerung. Ein Smart durchfuhr den unteren Kirchberg mit einer solch hohen Geschwindigkeit, dass der Fahrer die Kontrolle verlor, der Wagen auf die Seite kippte und dabei zwei Vorgärten zerstörte.

Man muss von Glück sagen, dass dabei keine Personen zu Schaden gekommen sind -es befanden sich zu diesem Zeitpunkt nur 40m entfernt mehrere Personen auf der Straße bzw. vor ihren Häusern-, und dass die beiden jungen männlichen Insassen unverletzt aus dem Wagen klettern konnten, die Sträucher hatten das Schlimmste verhindert.

Und das, nachdem dieses Fahrzeug bereits kurz zuvor mit Geschwindigkeiten von mehr als 50km/h (nach mehreren Zeugenaussagen) die Straße durchfahren hatte. Offensichtlich war der Fahrer -hirnlos- im Rennmodus.

Ernüchternd auch die Reaktion der beiden jungen Herren, die von mehreren herbeigeeilten

Anwohnern zur Rede gestellt, zunächst weder Einsicht noch Reue zeigten, sondern zwischenzeitlich sogar noch amüsiert wirkten.

Die Anwohner des Kirchbergs hatten schon häufig auf die Situation aufmerksam gemacht. Schon 1992 hatten sich die ersten Anwohner darüber öffentlich beschwert und Abhilfe von der Stadt verlangt.

2013 unternahm dann die BmU einen Versuch, über die Politik an der Situation etwas zu ändern. Dazu konnte sie aber keine Mehrheit bekommen. (Die alten Berichte dazu finden Sie einige Meldungen zurück.)

Zwar gab es mit Mitarbeitern der Verwaltung und der Polizei eine Begehung, diese blieb allerdings ergebnislos.

2018 konnten Anwohner erreichen, dass sich Bürgermeister Schultz ein Bild gemacht hat und daraufhin drei Pflanzkübel aufgestellt wurden.

Nach dem noch glimpflich abgelaufenen Unfall muss die Situation in den Verkehrsberuhigten Bereichen jetzt aber nochmals analysiert und müssen Maßnahmen ergriffen werden, um das Rasen wirksam einzudämmen.

Dazu hat die BmU-Fraktion am 11.06. einen Antrag eingebracht, wir hoffen nun mehr als 2013 erreichen zu können.

Erste Überlegungen des Bürgermeisters/der Verwaltung aus dem Kirchberg eine Sackgasse zu machen, erscheinen zu kurz gegriffen. Dies würde nur einige Durchfahrende (zur Grundschule/ zur Kita) abhalten, nicht aber das grundsätzliche Geschwindigkeitsproblem beheben. Dies würde nicht verhindern, dass einige Anwohner, Paketdienste oder andere Anlieger auch weiterhin viel zu schnell führen.

In Absprache mit den konkreten Anwohnern müssen auch kleine bauliche Maßnahmen, wie Schwellen, in Betracht gezogen werden. (Weitere Überlegungen im Antrag der BmU, unten.)

Der Antrag der BmU bezieht sich natürlich nicht nur auf den Kirchberg, sondern alle Verkehrsberuhigten Bereiche in Erkrath. Wir sind auch noch offen für weitere Anregungen, der Planungs-, Umwelt- und Verkehrsausschuss wird sich damit am 3. September beschäftigen.

- **BmU-Initiative: Schulausschuss soll im Mai Qualitätskriterien für OGS aufstellen**

Mit der CDU hat die BmU durchgesetzt, dass ein Kriterienkatalog zur Qualitätssicherung der OGS erarbeitet wird. Als Vorbild könnte Hilden dienen.

Diese Vorgaben sollen dann auch in die Weiterschreibung des Schulentwicklungsplanes einfließen. Den Ärger bei SPD und Grünen deswegen kann die BmU nicht verstehen, so macht es Sinn, dass die Kriterien vor Beauftragung des SEP vorliegen und dieser dann in der Folgesitzung des Schulausschusses beauftragt wird.

- **BmU erreicht hoffentlich Durchbruch beim Elterntaxi-Problem der GGS-Millrath und der GGS Falkenstraße**

Mit ihrem Vorschlag, die Elternhaltestelle vom südlichen an das nördliche Schultor gegenüber der Bushaltestelle zu verlegen und den dortigen Grünstreifen als Haltebucht umzubauen, erreichte die BmU kurz vor dem Sitzungsendung einer 4 Stunden Marathonsitzung des

Schulausschusses einen Durchbruch. Nach erfolgreicher Einrichtung der Elternhaltestelle soll das Schutor auf der Südseite für Schülerinnen und Schüler komplett geschlossen und die Durchfahrt direkt vor der Schule mit Ausnahme von Berechtigten mit Ausweis zeitlich befristet untersagt werden. So lautet die Empfehlung des Schulausschusses an den Verkehrsausschuss, der nun die Detailplanung übernehmen wird.

Zudem ist die BmU der Auffassung, dass die Schulwegepläne der Schulen in Erkrath überarbeitet werden sollten. Probleme wie an der Grundschule Millrath gibt es auch an anderen Schulen, es gilt zu überprüfen, wie diese behoben werden können.

Nachdem die BmU bereits das Elterntaxi-Problem an der Grundschule Millrath aufgenommen hat, bringt sie nun auch einen Vorschlag ein, die Sicherheit der Schüler an der Falkenstraße zu verbessern.

Die Verwaltung prüft aktuell, ob der BmU-Vorschlag, das wilde Drehen und Halten auf dem Bürgersteig durch Poller zu verhindern, schnell und unkompliziert umgesetzt werden kann.

- **BmU sieht den gemeinsamen Neubau der Grundschule Sandheide zusammen mit der Förderschule kritisch**

Die Grundschule Sandheide zusammen mit der Förderschule (bis Klasse 10) errichten? - Nur die BmU lehnt dies ab.

Die BmU verlangte im Interesse des Integrationsgedankens, dass am Standort der neu zu errichtenden Grundschule die Jahrgänge 1-4 der Förderschule, nicht aber 5-10 errichtet werden. Letztere sollten nicht zurückbleiben, sondern Ihnen sollte ebenfalls, wie den Grundschulern, die gemeinsame Beschulung in einem altersgleichen Schulzentrum angeboten werden.

So die Meinung der BmU, im Gegensatz zum Beispiel zur Gegenposition durch SPD, CDU und den Bürgermeister. Argumentativ konnte man im Ausschuss den Eindruck gewinnen, dass die Grünen näher an den Bedenken der BmU waren, letztlich sich aber der Schulkonferenz anschlossen.

Bernhard Osterwind: "Kaum nachzuvollziehen, dass vor einigen Jahren die Anregung der BmU, zusammen mit der Grundschule eine Kita zu errichten, aus pädagogischen Gründen unter Hinweis auf die Altersdifferenz abgelehnt wurde, die gleiche Fachverwaltung aber die Vergesellschaftung der Grundschüler mit Schülern höheren Förderbedarfs der Klassen 5-10 begrüßt."

Dazu auch die Meinung der stellvertretenden Bürgermeisterin Sabine Lahnstein auf facebook: „Da bin ich mit der BmU Erkrath einer Meinung. Auch ich finde, dass die Altersunterschiede der jeweiligen Schüler nicht zusammen passen. Der Integrationsgedanke, übrigens auch der körperlich behinderten Kinder, ist leider noch nicht überall angekommen und wird mit dieser Entscheidung den Schülern ab der 5. Klasse somit auch verwehrt! Ihnen wird keine Gelegenheit geboten sich mit gleichaltrigen aus zu tauschen und sich ihrem Alter entsprechend auch über die pädagogischen Lehren hinaus zu entwickeln. Sehr schade !! Schade auch, dass die Behindertenbeauftragte der Stadt Erkrath - Marion Kremerius m.E.n. nicht involviert war!“

Zur Nutzung der ehemaligen **Realschuldependance an der Schmiedestraße** äußert sich die BmU kritisch über den Zeitdruck. Am Tag der Sondersitzung von ASS/ASW wurde diese Lösung um 14h per Email versendet, um 17h begann die Sitzung. In dieser kurzen Zeit gab es für die BmU-Fraktion keine Möglichkeit der Beratung. Da die CDU schon mit der Zustimmung in die Sitzung ging und die SPD dies nach einer kurzen Unterbrechung auch tat, konnte sich die BmU hier nur enthalten.

Andere Varianten waren nur kurz geprüft und vorgestellt worden. Zudem ist zu befürchten, dass die Angabe, der Umbau der Schmiedestraße solle 500.000€ kosten, nicht haltbar sein wird.

- **Neubau des Gymnasiums Erkrath. Realschule wird untersucht.**

Selten war eine Entscheidung so langwierig und schwierig zu finden.

Erstaunlich und erfreulich zugleich: zum Schluss konnte sich der Schulausschuss trotz zunächst auseinanderstrebender Positionen einstimmig auf die Entscheidung einigen, den Neubau des Gymnasiums weiterzubringen und parallel den Sanierungsbedarf der Realschule zu ermitteln. Peter Sohn, die BmU, die Grünen, aber auch Detlef Ehlert hatten immer wieder angesprochen, dass auch Klarheit über die Zukunftsfestigkeit der Gebäude der Realschule auf dem engen Gelände zu gewinnen ist.

Bernhard Osterwind lenkte im Ausschuss zudem das Augenmerk auch auf die Anforderungen an die Gestaltung des Außengeländes bei einer Ganztagschule.

Die BmU bevorzugt im Fall des Gymnasiums Erkrath aus Gründen der Langfristigkeit und der an der Schule gelebten Pädagogik im Ergebnis die Variante 3, einen Neubau.

Die Kostangaben zu konkretisieren, forderten insbesondere die BmU und die Grünen.

Der aktuell beklagenswerte Zustand des Gymnasiums Erkrath ist Ergebnis mangelnder Substanzpflge in der Vergangenheit. Das mahnt, auch die Substanzpflge unseres Bestandes mehr in den Blick zu nehmen.

- **Projekt Höhlenblick am Fundort des Neanderthalers nur durch BmU-Fraktion abgelehnt**

Wer sich mit Vorlage 108/2019 beschäftigt, fragt sich, was der Turm am Fundort soll. Es soll dem Besucher die Position der Höhle nähergebracht werden, überdacht mit einem der dort gefundenen Schädelkalotte nachempfundenen Dach. Städtebaulich bzw. für das Neandertal sehen wir keinen Nutzen, es wirkt eher befremdlich und kostet unnötiger Weise Geld. Hier stimmt die BmU der Äußerung des Vertreters der Umweltverbände im PIUV, Herrn Sternberg, dass dieses Projekt „in der Nähe groben Unfugs“ anzusiedeln sei, voll zu. Interessant daher auch, dass die Grünen an dieser Stelle keinen Einwand gegen diesen Eingriff haben.

- **Forum Sandheide – Halle und Bürogebäude kann zu einem sozialen Dienstleistungszentrum umgebaut werden**

Nur die CDU lehnte Ausweitung des Projektraumes „Soziale Stadt“ auf das Forum Sandheide und den Umbau der vorgesehenen Halle und des Bürogebäudes ab.

Die BmU steht aber mit SPD und Grünen dazu, dass SKFM, Tafel, Werkstatt und Teile des TSV für ihre soziale Arbeit ein zukunftsfähiges Gebäude erhalten. Die Mehrkosten sind auf administrative Fehleinschätzungen zurückzuführen, nicht auf politische Fehleinschätzungen.

Die CDU emotionalisiert die Debatte über das Forum. Sie gibt an, „entsetzt“ zu sein über Kostensteigerungen beim Forum Sandheide. Dabei stammt der Beschlussvorschlag von der Verwaltung, die ihrerseits gesetzlich stets verpflichtet ist, die wirtschaftlichste Alternative zu unterbreiten. Sie lädt mit ihren Gefühlen eine Debatte auf, die ihr Beigeordneter Fabian Schmidt (CDU) und ihr Bürgermeister (CDU) gerne sachlich geführt sähen.

Eine bessere Vorgehensweise zeigt die CDU nicht auf. Die Stadt ist inzwischen Eigentümerin des Objekts Hildener Str. 28, d.h. ein großer Teil der Fördermittel wurden bereits für den Kauf verausgabt. Nach den Vorgaben des Fördermittelgebers muss die zweckgebundene Nutzung für 20 Jahre gesichert sein. Auf die Sanierung und Umbau zu verzichten, ist in dieser Situation unmöglich.

Die Förderanträge für die 90% Förderung waren im Jahr 2017 von der Verwaltung zu stellen, die in Erkrath klar unter Führung von Wahlbeamten der CDU steht, und die Verwaltung hatte die Kostenschätzungen zu erarbeiten. Diese sind deutlich zu niedrig ausgefallen. Eine nachträgliche Korrektur der Förderanträge ist nicht möglich.

Gerade mit dem von der CDU angegriffenen Forum kommt die Stadt ihrer Aufgabe nach, die Arbeit verschiedener sozialer Einrichtungen zu unterstützen und diesen ein neue Bleibe zu geben. Neben der Erkrather Tafel, die nur vorübergehend in der Bahnstraße untergekommen ist, und dem Sozialkaufhaus Rundum des SKFM, der wegen der eingeleiteten Bauplanungen den Wimmersberg verlassen muss, werden das IKZ mit seinem Integrationsprogramm, die Werkstatt und Teile des TSV einziehen.

Die CDU kritisiert zu Recht die exorbitanten Kostensteigerungen im Hochbau in Erkrath. Die BmU macht das auch bei den Projekten Neubau der Feuerwache, Neubau des Jugendzentrums am Skaterpark oder Sanierung des Bürgerhauses. Das sind alles weniger politische, denn administrative Fehler und die kann die CDU mal intern mit der nötigen Klarheit ansprechen. Wenn die CDU erklärt, dass sie den Standort des Forums ablehne, müsste sie erklären, wo sie denn Tafel, SKFM, IKZ, Werkstatt und TSV unterbringen würde. Das hat sie seit Jahren nicht getan.

Bei Förderprogrammen bestimmt der Fördergeber, wofür das Geld ausgegeben wird. Das weiß natürlich die CDU. Die Fördergelder für das Forum können gar nicht anders verwendet werden. Wenn sie jetzt das Geld statt für die sozialen Maßnahmen lieber für Schulen ausgeben will, dann spielt sie soziale Gruppen wieder gegeneinander aus.

Wie schon bei der Diskussion um das Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“, bei der ein „Entweder-Feuerwehr-oder-Soziale Stadt“ von CDU und Verwaltung in den Raum gestellt worden war.

Sie spaltet.

- **BmU stimmt einem Blankoscheck für das IKZ nicht zu**

Dem Antrag der Grünen, dem Internationalen Kulturzentrum IKZ durch die Stadt neue Räumlichkeiten zu besorgen und einen noch nicht bezifferten Mietkostenzuschuss zu gewähren, konnte die BmU nur ablehnen. Nachdem das IKZ für die Ansiedlung der Grundschule Sandheide aus dem Gebäude Schmiedestraße ausziehen muss, ist auch die BmU bereit, das IKZ zu unterstützen. Hier muss auch der unmöglichen Aussage von R. Knitsch klar widersprochen werden, dass die Ablehner des Grünen-Antrages auch die Arbeit des IKZ nicht wollen würden.

Die BmU betont aber, dass sich die Vereine eigenständig organisieren und zunächst klare Zahlen auf dem Tisch sein müssen, um über die Höhe eines Zuschusses beraten zu können. Wer solche Blankoschecks ausstellen will, geht nicht verantwortlich mit dem Geld des kommunalen Haushaltes um.

- **BmU unterstützt Prüfung zur Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft**

Angesichts der angespannten Mietpreissituation auch in Erkrath, begrüßt die BmU neben SPD und Grünen den Vorstoß von RM Rieder (Linke), die Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft in Betracht zu ziehen. Die Verwaltung soll verschiedene Möglichkeiten aufzeigen. Geeignet wären aus Sicht der BmU Teile des Gebietes Erkrath Nord, um für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen.

Dass der Markt die Mietpreise schon regeln würde, wie die CDU meint, ist aus Sicht der BmU ein Trugschluss.

Die Arbeit der BmU während der Corona-Pandemie

In Zeiten der Corona-Pandemie entfallen alle öffentlichen Termine (Offene Fraktionssitzungen, Informationsstände, Verteilaktionen u.a.

Aktuell arbeitet die BmU mittels Video-/Telefonkonferenzen weiter.

Möchten Sie daran teilnehmen?

Bitte kontaktieren Sie uns unter

bmu@bmu-erkrath.de oder facebook/bmu-erkrath.



"Neue Gesichter für die Politik in Erkrath" - Hätten Sie Interesse?

Auch wenn die Kommunalwahl am 13.9. näher rückt, ist es auch jetzt noch nicht zu spät Interesse an einer Mitarbeit bei der BmU, in den Ausschüssen oder gar im Rat zu bekunden.

Auch wenn dies angesichts der Corona-Pandemie aktuell nicht einfach ist, ist der Prozess des Kennenlernens und Austausches mit "neuen Gesichtern" auch noch nicht abgeschlossen.

Nehmen Sie doch Kontakt auf (bmu@bmu-erkrath.de).

Als Unabhängige Wählergemeinschaft BmU sind wir gerade und trotz der schwierigen Zeiten politischer Polarisierung aufgerufen, den Erkratherinnen und Erkrathern bei der Kommunalwahl 2020 die Möglichkeit zu geben, auch Unabhängige zu wählen, die sich sachorientiert und konstruktiv für vernünftige Kompromisse stark machen: „Bürger für Bürger - *sowiedu*“.

Wer sich vorstellen kann, für den nächsten Stadtrat zu kandidieren oder als Sachkundiger Bürger tätig zu werden, ist herzlich eingeladen, mit uns Kontakt aufzunehmen.

- Wenn Sie sich vorstellen können, ehrenamtlich einen Teil Ihrer Freizeit für unsere Stadt einzusetzen.
- Wenn auch Ihnen eine von Parteilinien und Ideologien unabhängige, kompromissbereite und sachorientierte Politik für Erkrath wichtig ist. Damit der nächste Stadtrat nicht von den populistischen Rändern dominiert wird.
- Wenn auch Sie eine nachhaltige Politik bevorzugen, der sowohl umwelt- als auch finanzpolitische Aspekte wichtig sind und die diese sorgfältig abwägt.
- Wenn auch Sie der Meinung sind, dass wir die Situation an den Schulen und in der Kinderbetreuung (Kitas, Tagespflege, OGS) verbessern müssen. Wenn Sie sich für den Erhalt der bestehenden Schulen einsetzen möchten.
- Wenn auch Ihnen eine Politik wichtig ist, die eine weitblickende und sinnvolle Stadtentwicklung betreibt.
- Wenn auch Sie unsere Initiativen (u.a.) zu fairen Fernwärmepreisen, zur Sanierung der undichten Deponie Hubbelrath, zu einem Ausbau des schnellen Internets und eines freien WLANs sowie einer zukunftsfähigen Mobilität unterstützen.
- Wenn Sie näher dran an der Politik in Erkrath sein wollen, wenn Sie mitgestalten und mitentscheiden möchten.
- Wenn auch Sie nicht einfach nur meckern wollen, sondern einen Beitrag leisten möchten. Auch als Gegenpol zu einem oft aggressiven, populistischen und unfairen Schlagabtausch in den sogenannten „sozialen“ Medien.

Auch diejenigen sind herzlich willkommen, die die Arbeit der BmU unterstützen möchten, aber nur wenig Zeit haben. Auch diese können sich in anderer und verringerter Weise einbringen.

Schauen Sie auf unsere Homepage bzw. sprechen Sie uns an:
bmu@bmu-erkrath.de

Bernhard Osterwind und Christian Ritt